

Gerhard Römer

Vielfalt als Problem und Chance Überlegungen zum 40jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken im Deutschen Bibliotheksverband, Sektion 4

Die Wiederbelebung der meisten Regionalbibliotheken gehört zu dem erfreulichen Kapitel der jüngsten Bibliotheksgeschichte.

Bernhard Fabian 1983

Bei meiner Rückbesinnung auf die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Landesbibliotheken, beziehungsweise Regionalbibliotheken, möchte ich versuchen auf vier Fragen zu antworten und am Schluss vier Anregungen zur Diskussion stellen.

1. Wie entstand die "Arbeitsgemeinschaft der Landesbibliotheken?" Wer waren die Initiatoren? Welche Ziele verfolgte die AG Ende der fünfziger anfangs der sechziger Jahre?
2. Wie entwickelte sich diese Notgemeinschaft der Landesbibliotheken und weshalb kam es 1971 zu einer Fusion mit der "Arbeitsgemeinschaft Kommunalen Wissenschaftlicher Bibliotheken"?
3. Welche Erfolge hatte die neue Arbeitsgemeinschaft, die sich nun unter dem Namen "Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken" zusammenschloss, zu verzeichnen?
4. Einige Misserfolge darf dieser Bericht nicht verschweigen. Auch wenn man subjektiv da und dort wohl verschiedener Meinung sein kann
5. Dann zum Schluss: vier Gedanken zur Diskussion gestellt.

Die fünf Abschnitte stelle ich unter einen Titel, der mir für die "Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken als Charakteristikum treffend scheint: Vielfalt. Zwar birgt diese **Vielfalt** einige Probleme. Ein solches zeigt die zusammengestellte Tabelle der derzeitigen Mitglieder, die ich den Teilnehmerlisten der Protokolle von 1990 bis heute entnommen habe. Es tut mir leid, wenn ich ein Mitglied überse-

hen haben sollte. Die einzelnen Farben sortieren nach Ähnlichkeit und zeigen Zusammengehörigkeit an. Die Vielfalt wird schon deutlich in den unterschiedlichen Namen, die diese Regionalbibliotheken tragen. Diese Namensvielfalt ist in der Tat für viele verwirrend. Sie verleitet beinahe dazu, diese Arbeitsgemeinschaft umzubenennen in AG der Ungleichen. Man muss angesichts dieser Unterschiede allerdings auch nach dem Fundament fragen, das diese so verschiedenen Bibliotheken miteinander verbindet. Es sind die regionalen Aufgaben, die alle 49 Mitglieder vereint, ebenso die feste Verankerung in die Kultur einer Region oder einer Stadt, aber auch das ständige Ringen dieser Bibliotheksgruppe um ihre Existenz gehört dazu. Darum meine Bezeichnung "Notgemeinschaft". Die Größe, auch das ehrwürdige Alter, die fürstliche Herkunft einiger, spielen da nicht die entscheidende Rolle für das Überleben dieser regionalen Büchersammlungen.

1. Wie entstand nach dem Zweiten Weltkrieg die "Arbeitsgemeinschaft der Landesbibliotheken"?

Die Vorgeschichte der Arbeitsgemeinschaft begann wahrscheinlich schon 1930. Auf einem maschinenschriftlichen Notizblatt mit handschriftlichen Zusätzen entdeckte ich im Archiv der Landesbibliothek Speyer eine Liste von Landes- und Stadtbibliotheken unter der Überschrift: "Bei der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Landes- und Stadtbibliotheken im Jahre 1933 in Darmstadt waren folgende Landes- Staats- und Stadtbibliotheken vertreten". Dann folgen die Namen von 15 Bibliotheken. Darunter ist zu lesen: "Auf einer Liste von 1930 waren als Teilnehmer einer Gründungsversammlung noch genannt worden folgende Bibliotheken:" 7 Mitglieder werden noch aufgeführt. Mit Hand ist auf dem Einzelblatt vermerkt: "in alphabetische Ordnung bringen! Ostzone in eigenes Alphabet". Der Zettel ist ohne Jahr und Datum. Wir erfahren aus dieser Notiz:

1. dass es schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine "Arbeitsgemeinschaft der Landes- und Stadtbibliotheken" gab. In Speyer wusste man davon.

2. Die Zahl der Mitglieder betrug insgesamt 22 und bis auf wenige Namen sind es auch die heutigen Landes- und Stadtbibliotheken.
3. Diese "Arbeitsgemeinschaft der Landes- und Stadtbibliotheken" wurde auf dem Bibliothekartag 1930 gegründet, der m.W. in Fulda war.

Einen weiteren Hinweis auf die "Vereinigung der Landesbibliotheken fand ich in einem Brief den Giessler, Direktor in Düsseldorf. an Sauter, Direktor in Speyer schrieb. Giessler regte 1957 eine Arbeitsgemeinschaft an mit dem Nebensatz "wie früher unter Hopf, Kassel". Wilhelm Hopf aber war von 1921 bis 1933 Direktor der Hessischen Landesbibliothek in Kassel.

Leider blieb meine weitere Spurensuche nach dieser Arbeitsgemeinschaft der dreißiger Jahre ohne Erfolg. Ich wäre dankbar, wenn mir mitgeteilt würde, wer von einer solchen frühen Arbeitsgemeinschaft weiß, und wo Akten über diese zu finden sind. Doch fürchte ich, dass etwaige Zeugnisse aus dieser Zeit verbrannt oder nicht mehr auffindbar sind.

Die Zeit um das Gründungsdatum der jetzigen Arbeitsgemeinschaft vor 40 Jahren war geprägt von harter Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Wilhelm Totok hat in der Festschrift für Hans Moritz Meyer 1975 die Frage gestellt, ob es überhaupt von Nutzen sei, sich im "rückwärts gewandten Blick" mit den Anfängen der Arbeitsgemeinschaft zu beschäftigen. Manche Episode könnte ruhig in den Akten weiter verborgen bleiben. Aber er findet, und dieser Meinung schließe ich mich an, dass diese Ereignisse "eine gewisse exemplarische Bedeutung haben". Denn: "Sie werfen ein Schlaglicht auf die lange Zeit schwierige Situation eines Typs von Bibliotheken, die in Gefahr gerieten, sowohl von den Unterhaltsträgern als auch von der bibliothekarischen Fachwelt, insbesondere von den Universitätsbibliotheken, in eine Rolle hineingezwungen zu werden, in der sie nur noch eine große Vergangenheit aber kaum mehr eine Zukunft hatten".

Langsam nur fanden die alten Landesbibliotheken und die kommunalen wissenschaftlichen Bibliotheken wieder ihren angestammten Platz. Zunächst hielt diese Bibliotheks-

gruppe nach Helfern Ausschau: DFG und Wissenschaftsrat boten sich an.

Doch gab es für die Landesbibliotheken eine unliebsame Vorgeschichte, die lange Nachwirkungen hatte. Ihre Bedeutung für die Forschung war umstritten. Zu Beginn der 50 Jahre bereits war die "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaften" in besonderer Weise für das wissenschaftliche Bibliothekswesen Westdeutschlands aktiv geworden. Zunächst ließ sie das bibliothekarische Terrain durch einen Wissenschaftler, Peter Scheibert, erforschen. Das Ergebnis war das sogenannte "Scheibertsche Gutachten", das erstmals einen Vorschlag für die Unterstützung der wissenschaftlichen Bibliotheken in Westdeutschland erstellte. Dabei gingen die Landesbibliotheken, bis auf eine, leer aus. Vorsitzender des ersten Bibliotheksausschusses der Notgemeinschaft war damals der Direktor der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart, Wilhelm Hoffmann, der gleich nach dem Krieg für seine Stuttgarter Bibliothek überall, wo ihm Hilfe möglich schien, mit Weitsicht und Geschick Kontakte herzustellen verstand.

Unter den Landesbibliotheken war, wie schon gesagt, die Stuttgarter Landesbibliothek die einzige, die im Scheibertschen Gutachten Unterstützung fand. Vielleicht auch weil es die klugen schwäbischen Bibliothekare verstanden, ihre Not dem die Situation der Bibliotheken erkundenden jungen Historiker Peter Scheibert deutlich zu machen. Er schrieb unter der Überschrift "Landesbibliotheken": "Unter ihnen ragt jedoch die Württembergische Landesbibliothek in Stuttgart durch gute Tradition wie beachtliche Bestände hervor. Doch ist sie vom Krieg besonders heimgesucht worden. Es wurde alles nach 1930 Angeschaffte vernichtet".

Von Bedeutung für das Schicksal aller Landesbibliotheken aber war, dass Scheibert erstmals in seinem Gutachten den regionale Bezug einer Landesbibliothek, der ja heute die entscheidende Rolle spielt, herausgestellt hat. Auch wenn er dies in seinem Gutachten zunächst allein für die Württembergische Landesbibliothek gelten läßt. "Da in Württemberg auch auf dem Lande ein intensives kulturelles und wissenschaftliches Leben

herrscht, ist eine zentrale Ausleihbibliothek von wissenschaftlicher Bedeutung unerlässlich, der Wiederaufbau dieser in vieler Hinsicht modernen Bibliothek daher vordringlich". Daran schließt sich die Empfehlung: "Stuttgart wird von der deutschen Produktion so gut wie alles Wertvollere' von der ausländischen etwa die Hälfte dessen kaufen müssen, was für eine Universitätsbibliothek als notwendig zu erachten ist, im Ganzen

132 000 DM, außer den einmaligen Bewilligungen für Kriegsschäden".

Die anderen Landesbibliotheken dagegen wurden, und das war das für die nächsten Jahre Fatale, summarisch von Scheibert abqualifiziert. "Diese Bibliotheken" gemeint sind die Landesbibliotheken "dienen nicht in erster Linie der Forschung; es sind dies meist größere allgemeinbildende Bibliotheken, wenn sie nicht ausschließlich für Landesgeschichte bestimmt sind". Das traf natürlich die Landesbibliothekare an einem empfindlichen Punkt. Dieses unzutreffende Urteil über die betroffenen Bibliotheken war falsch. Es blieb aber, wie so oft bei einer negativen Beurteilung, in den Köpfen der damaligen Entscheidungsträger lange haften. Ich fand auch erst in den Akten aus dem Jahre 1959 einen Beweis dafür, dass sich die Landesbibliotheken geschlossen gegen dieses Urteil zur Wehr setzten, reichlich spät, finde ich..

Dabei wird indirekt wenigstens auch in diesem ersten einflussreichen Gutachten die Notlage der anderen wissenschaftlichen Bibliotheken angesprochen. Im Vorwort schildert Wilhelm Hoffmann als Vorsitzender des Bibliotheksausschusses ungeschminkt die Situation der westdeutschen Bibliotheken. "Von etwa 56 Millionen Bänden in ca. 350 wissenschaftlichen Bibliotheken sind ungefähr 13 Millionen zerstört, weitere noch unbenutzbar' was an Gebäuden' Katalogen und nicht zuletzt an Menschen der Katastrophe zum Opfer fiel, ist unmessbar. Zertrümmert ist die Berliner Staatsbibliothek mit ihren zahlreichen gesamtdeutschen Unternehmungen, nur ganz beschränkt arbeitsfähig die Staatsbibliothek in München, der Deutsche Leihverkehr ein Chaos. Zu den Kriegsschäden kommen die Kriegslücken' das heißt die zehnjährige Unterbrechung des Zugangs an

ausländischer Literatur". Damals gab man sich keinen Illusionen hin, dass es Jahrzehnte dauern wird, all das aufzubauen, was ein blindwütender Krieg zerstört hatte. Vieles war unwiederbringlich verloren.

Das entscheidende Motiv zum Zusammenschluss der alten Landesbibliotheken nach dem Zweiten Weltkrieg war das immer stärker werdende Bewusstsein bei dieser Gruppe gegen Ende der 50er Jahre, dass sie in der Gefahr schweben, immer mehr von der Wissenschaftsförderung abgekoppelt zu werden. 1957 nämlich war im Bildungs- vor allem im Universitätsbereich, ein merklicher Aufschwung und Ruck nach vorwärts festzustellen. So konnte man im Jahresbericht der UB Tübingen 1956/57 lesen: "Die wissenschaftlichen Bibliotheken, von Jahrzehnten her gewohnt, in den seichten Randzonen des öffentlichen Lebens ihr Dasein zu fristen, sehen sich in der jüngsten Gegenwart, fast ungläubig erstaunt, einbezogen in den Sog einer grundsätzlichen Neuorientierung der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Gewalt. Das Wort ~ wird heute groß geschrieben, die Sache ist - aus welchen Gründen auch immer - als allgemeines, ja zentrales Bedürfnis anerkannt, wird mit Nachdruck betrieben und entwickelt sich auf den verschiedensten Wegen zu Aktionen. Allenthalben ist diese Umstimmung sichtbar, wirkt sich die Verlagerung der Gewichte immer mehr aus. Noch sind die Auswirkungen ungleichmäßig und gelten die Maßnahmen als längst nicht genügend". Diese Innovationsphase zeigte bei den Universitätsbibliotheken erste Früchte, ohne dass die Landesbibliotheken etwas davon zu spüren bekamen. "Neu- und Erweiterungsbauten von Bibliotheken ,wo man hinsieht, steigende Anschaffungsmittel, vermehrtes Personal, verbesserte Einstufungen und Besoldungen, verbesserte Ausstattung, erweiterte Dienste, zunehmende Benutzungsfrequenzen«, liest man im Jahresbericht der Universitätsbibliothek Tübingen.

Diese Situation musste die Landesbibliothekare auf den Plan rufen. Sahen sie sich doch von der Wissenschaftsförderung weitgehend ausgeschlossen. Zunächst waren aus der Finanzquelle der zentralen Förderungsmittel

Geld für die Landesbibliotheken unerreichbar. Das Scheibertsche Gutachten zeigte Wirkung.

Die Initiative gegen diese Benachteiligung vorzugehen, ging von der Pfälzischen Landesbibliothek, von Dr. Hermann Sauter, aus. Im Juli 1957 schrieb er, ein geborener Pfälzer, seit 1950 unternehmungsfreudiger Direktor in Speyer einen Brief an 8 Landesbibliotheken (Dortmund, Düsseldorf, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Oldenburg, Wiesbaden): " Ich möchte dafür plädieren, dass wir Landesbibliotheken uns zusammentun und so bald wie möglich die Schaffung eines Gutachtens über einen Normaletat in Angriff nehmen. Vorbild war ihm dabei ein Gutachten, das die Technischen Hochschulbibliotheken im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft erstellt hatten mit sehr detaillierten und klaren finanziellen Forderungen unter Grunwalds und Cremers Federführung. (Besprochen in der Sitzung des Bibliotheksausschusses am 9.4.57). Außerdem hatte Sauter durch die bibliothekarische Buschtrommel erfahren, dass eben der Bibliotheksausschuss der Deutschen Forschungsgemeinschaft auch damit beschäftigt war, ein Gutachten zu einem "Normaletat für die Hochschulbibliotheken vorzubereiten. Leider verwehrt das Bundesarchivgesetz vom 6.1 - 1988 bis zu einem gewissen Zeitpunkt den Zugang zu Archivgut, das sich auf natürliche Personen bezieht. Hier besteht eine Schutzfrist. Erst dreißig Jahre nach dem Tod der beteiligten Personen ist Einsichtnahme in gewisse Akten möglich. Die Protokolle des Bibliotheksausschusses gehören dazu. Darum waren sie mir bedauerlicherweise für den Vortrag nicht zugänglich. Wir müssen also aus anderen Quellen vorläufige Schlüsse ziehen, wobei wir beim Kombinieren leicht auch ins Spekulieren kommen können. Doch versuchen wir dennoch den historischen Tatsachen einige Schritte näher zu kommen.

Sauters Anregung, bei der Erstellung eines Gutachtens für den Normaletat für Landesbibliotheken mitzuwirken, fand bei seinen Kollegen ein geteiltes Echo. Nicht bei allen Befragten wurde das Unternehmen lebhaft begrüßt. Die Meinungen gingen von einem begeisterten Ja bis zum klaren Nein. Wobei

vor allem die Begründungen für das Nein interessant sind. Entsprechen sie doch genau dem Eindruck, den auch Außenstehende bis heute von den Landesbibliotheken hatten: "Wir sind zu verschieden als dass wir hier eine Einigung finden könnten", steht da zu lesen. Vielfalt als Problem zeigte sich also schon von Anfang an bei den ersten Kontaktversuchen der Landesbibliothekare. Es bedurfte einiger Mühe, Geduld, Energie und eines anhaltenden Optimismus die geteilten Meinungen zu einer gemeinsamen Aktivität zu vereinen.

Bei der Durchsicht der Briefe fiel mir auf, dass nur acht Landesbibliotheken zur Mitarbeit aufgefordert wurden. Das Sautersche Schreiben ging nicht nach Stuttgart an die Württembergische Landesbibliothek, nicht nach Fulda, vielleicht wollte er Direktor Pieper der gerade den nächsten Bibliothekartag ins Haus stehen hatte, nicht belasten, nicht nach Coburg und nicht an die Herzogliche Bibliothek in Wolfenbüttel, die alle vier selbstverständlich 1958 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft wurden. Von der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft war zunächst im Brief Sauters nicht die Rede. Er fügte der Aufforderung zur Mitarbeit an der Erstellung eines Normaletats an die Kollegen noch einen Vorschlag bei. Sie sollten bei der Konzeption vor allem die Region im Auge behalten. Er wollte als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl des betreffenden Gebietes ins Spiel bringen. Außerdem nannte er auch den Adressaten, an den sich das Gutachten richten soll: die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Allerdings kamen ihm schon beim Schreiben Zweifel, ob das der richtige Ansprechpartner ist: "vielleicht sei sie aber wegen ihrer begrenzten Zweckbestimmung nicht unmittelbar interessiert" Hier zeigt sich eine gewisse Unsicherheit beim Umgang mit der Forschungsgemeinschaft. Er und seine Kollegen waren noch sehr ungeübt im Umgang mit der DFG. Dieter Oertel charakterisierte in der Festschrift für Gisela v. Busse die Situation von Seiten der DFG dahingehend, dass sie "immer wieder auf unzutreffende Vorstellungen von den Möglichkeiten und Grenzen einer Förderung der Bibliotheken durch die zentrale Selbstverwaltungsorganisation der deutschen ~ stoßen würde.

Werfen wir einen kurzen Blick in die einzelnen Antwortschreiben der maßgeblichen Direktoren jener Zeit, deutliche Dokumente der vielfältigen Verschiedenheit der Landesbibliotheken.

Ein klares Nein kommt aus Wiesbaden. Direktor Franz Götting schreibt:

"Ich kann mich nicht entschließen bei ihrem Vorhaben, ein Gutachten über den Normaletat einer Landebibliothek auszuarbeiten, mitzuhelfen. Sind die Grundlagen der verschiedenen Landebibliotheken nicht zu unterschiedlich, als dass man sie über einen Leisten schlagen könnte? Denken Sie etwa an die Dortmunder Landes- und Stadtbibliothek, die z.Zt. einen riesigen Neubau in der City erstellt, und die bescheidenen Verhältnisse etwa in Fulda oder auch bei uns, und in Speyer! Wie soll man da zu einem Normaletat kommen?"

Ein weiteres deutliches Nein zur Mitarbeit kam aus Düsseldorf: "Es ist unmöglich alle Landesbibliotheken unter einen Hut zu ~ Auch fürchtet sich Giessler, der damalige Direktor vor einer etwaigen Uniformierung." Der angestrebte Normaletat, der einer Bibliothek vielleicht einen Vorteil bringt, kann sich für die andere sehr zum Nachteil auswirken. So habe ich die Sorge, dass z.B. ein Vergleich unserer Bibliothek mit anderen Landesbibliotheken durch unsere Stadtverwaltung bei unserem verhältnismäßig guten Erwerbungs- und Buchbinderetat für uns sehr schlecht ausfallen könnte. Man sollte auf keinen Fall uniformieren wollen".

Giessler drückt aus, was auch in anderen Briefen deutlich gesagt wird. Jeder muss allein kämpfen. "Es wird immer die Aufgabe des Bibliotheksleiters bleiben müssen, bei seiner Vorgesetzten Behörde für seine Bibliothek so viel herauszuholen wie nur möglich ist. Was nützen alle schönen Pläne, wenn sie doch nicht verwirklicht werden bzw. aus finanziellen Gründen nicht verwirklicht werden können. Was ein reiches Land oder eine reiche Stadt vermag, kann nicht ohne weiteres auch von den finanziell schwächeren Nachbarn erwartet werden". Giessler hält auch nichts von dem Vorschlag Sauters die Einwohnerzahl der Region zur Berechnungsgrundlage zu machen. "denn was nützt eine noch so hohe Bevölkerungszahl, wenn nur

ein ganz geringer Prozentsatz der Bevölkerung die zuständige Landesbibliothek benutzt. Maßgebend können doch nur die Benutzer- bzw. Benutzungszahlen sein"

In dem Brief Giesslers erfährt man dann auch so nebenbei, dass man sich auch andernorts Gedanken um die Zukunft der Landesbibliotheken macht. " Herr Kollege Meyer, Hannover, trägt ich übrigens seit langem mit dem Gedanken, die Landesbibliotheken in einer losen Vereinigung zusammenzuschließen, die gelegentlich des Bibliothekartages (wie früher unter Hopf, Kassel) zu Aussprachen sich treffen könnten¹£. Was Giessler weiß, darüber berichtet auch Wolfgang Fischer, Direktor an der LB in Oldenburg. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, vielleicht auch im Blick auf die Vorkriegsgemeinschaft, war also an mehreren Orten im Gespräch. Das dritte deutliche Nein kommt aus Karlsruhe mit ähnlichen Argumenten. Franz-Anselm Schmitt schreibt: "Natürlich könnte man sich über das Thema, das Sie anregen, einmal unterhalten. Doch glaube ich nicht, dass es sich lohnt, viel Arbeit zur Schaffung eines Gutachtens aufzuwenden. Das Gutachten wird beim Ministerium zu den vielen anderen gelegt, die dort seit Jahren unerledigt liegen... Und was die Forschungsgemeinschaft angeht, so haben wir stets nur schlechte Erfahrungen mit ihr gemacht, Stuttgart bildet da eine Ausnahme. Die Hilfe, die sie uns, die wir immerhin einmal bereits 370 000 Bände besessen hatten, also keine unwesentliche kleine Fachbibliothek waren, gegeben hat, ist nicht der Erwähnung wert. Sie hat es sogar stets abgelehnt, uns eine Hilfe angedeihen zu lassen und stets den Standpunkt vertreten, dass sie nur Hochschulbibliotheken fördere. In den vergangenen 5 Jahren haben wir von der Forschungsgemeinschaft insgesamt 7 (sieben) Bücher erhalten. Deshalb werden Sie verstehen, dass ich durch ein erhofftes "freundliches Wohlwollen" der Forschungsgemeinschaft in diesen Angelegenheit nicht optimistischer werde". Gerne aber will Schmitt über das Ergebnis der Umfrage unterrichtet werden.

Ein bedingtes Ja kommt aus Kiel von LB-Direktor Klose. In dem Schreiben heißt es kurz und knapp: "Gerne arbeite ich mit, obgleich die Lage der Schleswig-Holsteinischen

Landesbibliothek eine andere ist als für die übrigen Landesbibliotheken in Deutschland, denn sie hat als Sammelgebiet nur Schleswig-Holstein¹. Also nur für eine Bibliothek mit der Bezeichnung Landesbibliothek traf die unzulässige Verallgemeinerung Peter Scheiberts zu.

Sauters Unternehmen führte zunächst nicht zu dem gewünschten Erfolg. Ein Normal- oder Minimaletat für Landesbibliotheken gab es nicht. Aber diese erste greifbare Aufforderung zur Zusammenarbeit einiger Landesbibliotheken mündete dann in Fulda 1958 zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft. Helmut Schwitzgebel berichtete über den Fuldaer Bibliothekartag im ZfBB kurz: "Neu gegründet wurde eine Arbeitsgemeinschaft für Landesbibliotheken, deren Vorsitzender Dr. Sauter, Speyer ist". Hätte er nicht schreiben müssen "wieder gegründet?"

Von da an agierte Sauter mit wechselndem Erfolg aber überaus engagiert bis 1962 als Vorsitzender und versuchte zunächst mit der DFG, dann mit dem Wissenschaftsrat über die jeweiligen Generalsekretäre an Geld für die Landesbibliotheken heranzukommen. Unermüdlich nervte er die Kollegen, Rundbriefe mit Umfragen zu sieben Punkten führten dann zu Einzelanträgen an die DFG. Man hatte endlich Faktoren gefunden, die Einfluss auf eine positive Förderung durch die DFG nehmen könnten.

1. Die Stellung der Bibliothek im Leihverkehr.
2. Die Zahl der wissenschaftlichen Benutzer, Studenten und Professoren.
3. Die Zahl der die betreffende Landesbibliothek nutzenden wissenschaftlichen Forschungsinstitute.
4. Die wissenschaftlichen Veröffentlichungen der betreffenden Landesbibliothek.
5. Die Stellung der betreffenden Bibliothek im Tauschverkehr mit den wissenschaftlichen Akademien, Institutionen und Organisationen im In- und Ausland.

Coburg, Dortmund, Düsseldorf, Hannover, Karlsruhe, Kiel und Speyer stellten Einzelanträge an die DFG. Alle wurden abge-

lehnt. Man versuchte es in der Folge über den 1957 eingerichteten Wissenschaftsrat. Doch hatte man auch hier zunächst keine Erfolge. Neue Umfragen erfolgten. Jetzt ging es genauer:

1. Um die Größe des Buchbestandes an wissenschaftlicher Literatur
2. Um den Prozentsatz an wissenschaftlichen Benutzern.
3. Um den Umfang der Ausleihe an Forschungsbibliotheken, gemeint sind Hochschulbibliotheken.
4. Um die Erschließung der wissenschaftlichen Buchbestände durch Bibliographien oder Kataloge und wiederum um 13
5. den Umfang des Tauschverkehrs mit wissenschaftlichen Publikationen.

Die AG der Landesbibliotheken musste einen Härte-test bestehen: Erst in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates Teil II Wissenschaftliche Bibliotheken von 1964 kamen die Landes- und Stadtbibliotheken zum Zug. Dadurch waren sie wenigstens von dieser Seite als unterstützungswürdige Einrichtungen der Wissenschaft akzeptiert. Die betroffenen Bibliotheken konnten auf dieser Basis mit den Unterhaltsträgern argumentieren und ihre Ansprüche geltend machen. Weithin aber bleiben die Empfehlungen zunächst nur ideale Vorstellungen und hatten bei Haushaltsverhandlungen nur wenig Erfolg. Es ist aber das Verdienst des ersten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Landesbibliotheken Sauter gewesen, dass letztlich doch der Durchbruch gelang und die Bibliotheken der Arbeitsgemeinschaft in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates standen. Schon 1962 gab Sauter das Amt des Vorsitzenden an Wilhelm Totok weiter.

2. Wie entwickelte sich die Arbeitsgemeinschaft der Landesbibliotheken in den siebziger Jahren ? Wie kam es 1971 zur Fusion mit der AG der kommunalen wissenschaftlichen Bibliotheken?

In den ersten vier oder fünf Jahren waren die Landesbibliotheken als Arbeitsgemeinschaft unter sich. 1961 entstand die Arbeitsgemeinschaft kommunaler wissenschaftlicher Bibliotheken. Über die Hintergründe des Entste-

hens dieser Arbeitsgemeinschaft, wer genau die Akteure waren, von wem die Initiative ausging und welche Arbeitsziele sie sich gesetzt hatte, ist nicht erforscht. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen wissenschaftlichen Bibliotheken selbst stand wohl Ende der sechziger Jahre an einem Scheideweg und befand sich auf der Suche nach einem Standort im Netz der Bibliotheken. Es war die Zeit der Bibliothekspläne, die letztlich zum Bibliotheksplan 73 führte, der schon Ende der sechziger Jahre in Vorplänen zur Diskussion stand. Einerseits gehörten diese wissenschaftlichen Bibliotheken, die sich in dieser Arbeitsgemeinschaft vereinigt hatten, durch ihren Unterhaltsträger zu den öffentlichen Bibliotheken. Andererseits standen sie aber im Blick auf ihre Herkunft und ihren Bestand eher den alten Landesbibliotheken nahe. In dieser AG meldeten sich hauptsächlich die alten historischen Stadtbibliotheken Hamburg, Frankfurt, Köln und Nürnberg zu Wort. Aber ich konnte bei der Vorbereitung auf diesen Vortrag keine Zeitzeugen oder Zeugnisse ausfindig machen, so dass ich über die Vorgeschichte des neuen Koalitionspartners der Landesbibliotheken nicht viel berichten kann. Für Hinweise bin ich dankbar. Diese bibliotheksgeschichtliche Wissenslücke sollte man unschwer schließen können. Mehrere Jahre seit Bestehen der Arbeitsgemeinschaft für die Stadtbibliotheken tagten beide Interessengruppe immer öfters gemeinsam. Dies 1965 in Nürnberg, 1966 in Hannover, 1970 in Darmstadt, im März 1971 in Fulda vor dem Kölner Bibliothekartag. Hier wurde wohl der Beschluss gefasst, sich am 3. Juni 1971 beim Bibliothekartag in Köln zu einer Gemeinschaft mit dem Namen "AG der Regionalbibliotheken" zusammenzuschließen. Der Name war eine glückliche Wahl. Es war mit der Zeit das Bewusstsein gewachsen, dass die Mitglieder der beiden Arbeitsgemeinschaften mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und nicht selten vor ähnlichen Problemen standen. Ein Zusammenschluss also erfolgversprechend war. Das Aussprache- und Diskussionsforum beider Arbeitsgemeinschaften der späten sechziger Jahre und frühen siebziger Jahre hatte sich also nach Überzeugung der Teilnehmer gelohnt. Sicher wurde auch der Zusammenschluss durch die

gemeinsame Erarbeitung des Sonderheftes 11 des ZfBB, mit dem schon 1968/1969 die Arbeiten begonnen wurde, und das 1971 bei Klostermann in Frankfurt erschien, begünstigt und erstmals eine wertvolle Dokumentation aller Regionalbibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland einem weiten Kreis zur Lektüre angeboten. Das Ziel der Veröffentlichung war die immer noch weit verbreitete Unkenntnis über die beiden Bibliothekstypen Landesbibliothek und wissenschaftliche Stadtbibliothek zu beseitigen. Was dokumentierte sich dem Leser: eine große, vielleicht auf den ersten Blick verwirrende Vielfalt mit einem erstaunlichen Reichtum an Buchbeständen trotz der immer noch nicht behobenen erheblichen Kriegsschäden. Auch die kleineren Bibliotheken konnten mit Bücherschätzen, Archivgut und regionalen Sammlungen aufwarten. Vor allem aber wurde aber auch eine große, weitgestreute Benutzerschaft sichtbar, die sich über ganz Westdeutschland verteilte. Aber auch ein gewaltiger Bedarf wurde deutlich.

Getrennt hatten die Arbeitsgemeinschaften geringeren Einfluss auf das Bibliothekswesen der Bundesrepublik. Gemeinsam wollte man sich in der sich durch eine vielfältige Bibliothekslandschaft der Bundesrepublik als historische universal ausgerichtete Bibliotheken mit wertvollen aber oft unbekanntem Beständen, größeres Gewicht verschaffen und vor allem bei den um diese Zeit sich entwickelnden Planspielen nicht übergangen werden. Region, Netz und Verbund tauchten erstmals als wirkmächtige Schlagworte auf, die von nun an das Denken der Bibliothekare bewegten.

Die Bibliotheksregionen stellten sich in der Publikation plastisch vor, ebenso die einzelnen Bibliotheken. Aber leider wurde kein Wort über die Herausgeberschaft verloren, nur im Untertitel des Heftes steht marginal: "Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften der Landesbibliotheken und der Kommunalen Wissenschaftlichen Bibliotheken".

Dieser Zusammenschluss 1971 war in der Tat für die Regionalbibliotheken ein erfolgversprechender Schritt, in der heutigen Sprache, eine frühe Globalisierung⁷ Vereinigung der Kräfte, die sich nicht nur in der genannten

Publikation manifestierte. Und das war bitter notwendig, weil es immer noch bei nicht wenigen Regionalbibliotheken um jene Zeit nicht gut bestellt war. Doch bevor man sich über Konkretionen so richtig einig werden konnte, wurden durch die Entwicklung im elektronischen Informationsbereich, durch die neue digitale Welt vieles verändert, die meisten Pläne wertlose Makulatur. Der Bibliotheksplan 73 war veraltet noch bevor er greifen konnte. Ein Idealpapier, das sich letztlich als bibliothekarisches "Sandkastenspiel erwies.

Trotz dieses Zusammenschlusses musste noch 1978 Paul Raabe, der Nachfolger von Wilhelm Totok im Vorsitz der AG Regionalbibliotheken, bei seiner Festrede in Fulda, in der er eindringlich und mit überzeugenden Argumenten mahnte, den historischen Bibliotheken vermehrte Chancen einzuräumen, feststellen: " dass die meisten unter den historischen Bibliotheken in den letzten Jahrzehnten ins Abseits der Entwicklung geraten sind. Außer den großen Staatsbibliotheken, die schon seit langem Größenordnungen aufweisen, die eine kontinuierliche Weiterentwicklung nie in Frage stellten - außer diesen eigentlichen Nationalbibliotheken (R. denkt dabei an die Staatsbibliothek in München und an die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin) "haben nur die Württembergische Landesbibliothek in Stuttgart, die Badische in Karlsruhe und in der DDR die Sächsische Landesbibliothek in Dresden den Schritt in eine gesicherte Zukunft vor dem Hintergrund einer Großstadt tun können. Fast alle übrigen klagen über mangelnde Förderung und fehlende Legitimation, Sie kommen mit den gegenwärtigen Erfordernissen einer perfekten Literaturversorgung nicht mit, es fehlt an allem: an Raum, Personal, Büchern... Es ist ein trauriges Kapitel deutscher Wissenschafts- und Kulturpolitik.

3. Die Erfolge der Arbeitsgemeinschaft

Nach Paul Raabe, 1971 bis 1974 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft folgte Josef Bellot (1974 bis 1985), Direktor der Augsburger Staats- und Stadtbibliothek. Unter ihm stabilisierte sich die Arbeitsgemeinschaft weiter. Mein Vortrag darf sich in diesem Ab-

schnitt kurz fassen, weil mein Nachfolger im Vorsitz, Kollege Dittrich, in der Festschrift des Deutschen Bibliotheksverbandes einen sehr informativen Beitrag über die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft publizieren wird. Ich möchte für diese Zeit einige Erfolge nur summarisch, vielleicht auch etwas subjektiv bestimmen, besonders hervorheben.

1. Die glückliche Wahl des Namens: Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken.

Das Zauberwort hieß nun "Regionalbibliothek", das einen Namen bot, unter dem viele Bibliotheken unterkommen konnten. Vielfalt kann nun auch anregende Impuls geben. Die Entscheidung für diesen Namen erlaubt auch zugleich eine Öffnung. So gestattet diese Bezeichnung zugleich, auch die Hochschulbibliotheken mit regionalen Aufgaben als Mitglieder in die Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen. Die gemeinsame Aufgabe aller Mitglieder wird hervorgehoben. Gesichert blieb dabei die jeweilige Eigenart der Bibliothek, ob sie sich nun Staatsbibliothek, staatliche Bibliothek, Landesbibliothek oder Stadtbibliothek nennen mag.

Die Hervorhebung der Region als Aufgabenfeld und damit der Name "Regionalbibliothek" stabilisiert die Zukunft auch als historische Bibliotheken. Ein Name ist nicht nur Schall und Rauch. Er spielt eine wichtige Rolle. Von Anfang an liefert die Bezeichnung ohne Umschweife eine sachkundige Information. Bei den Bibliotheken, die Geschichte belegt es, war der Name der Bibliothek auch ein Markenzeichen und gab einen Hinweis über die Herkunft. Staatsbibliothek, ein schillernde Name mit einem Hauch von hierarchischer Höhe. Er signalisiert dem Hörer mehr als nur dies, dass es sich um eine Büchersammlung handelt, die der Staat finanziert. Das Wort "Regionalbibliothek" spricht klipp und klar die Region an, der die Büchersammlung verpflichtet ist. Darum finde ich diesen Namen treffender und eine glückliche Wahl, die besser informiert wie beispielsweise die Bezeichnung "Bibliothek der 3. Stufe, eine Bezeichnung, die Planer der siebziger Jahre wählten. Hätte sich die AG nach Paul Raabes Vorschlag beispielsweise umbenannt in "Arbeits-

gemeinschaft der historischen Bibliotheken", dann wäre ein Akzent gesetzt worden, der sich für die Zukunft der AG nicht unbedingt positiv ausgewirkt hätte. Die Regionalbibliotheken mit reichen historischen Beständen sind eben doch auch moderne Gebrauchsbibliotheken, die in die Zukunft weisend dem Benutzer von heute Literatur besorgen und in der Gegenwart eine wichtige Rolle spielen. Wäre der Vorschlag damals bei einer der Tagung in den siebziger Jahren angenommen worden, dann hätte das wahrscheinlich für einige Bibliotheken das Aus bedeutet. Heute bereichern sie die Arbeitsgemeinschaft. Denn landes- und regionalbibliothekarische Aufgaben erschöpfen sich ja nicht nur in der Pflege historischer Bestände. Das ist zwar eine der wichtigen Aufgaben. Es gilt aber auch die andere Aufgabe fest im Auge zu behalten, die Weiterführung regionaler Sammlungen, die Versorgung der Region mit aktueller wissenschaftlicher Literatur, die Wahrnehmung der Pflichtexemplargesetze und andere Aufgaben mehr.

2. Integration der AG in die Sektion IV des Deutschen Bibliotheksverbandes als selbstständiges Aussprache- und Informationsforum.

Ferner gelang es der Arbeitsgemeinschaft bei der Neugruppierung der Bibliotheken in den 80iger Jahren ein eigenes Forum in der Sektion 4 zu erhalten. Damit war ein Rahmen in dem größeren Verband geschaffen, der Raum für Eigeninitiative bot. Das Aussprache- und Informationsforum blieb erhalten.

Ein Blick in die Protokolle der AG zeigt, wie geschickt Probleme angesprochen, auch manche Frage sehr offen und kontrovers behandelt wurden. Nicht alles konnte restlos geklärt werden. Aber als Informations- und Ausspracheforum hat sich die Arbeitsgemeinschaft bewährt. Es gab natürlich auch Probleme, die sich nicht von selbst erledigten. So zum Beispiel der immer wieder aufflackernde Streit nach der universalen Ausrichtung der Bestände einer Regionalbibliothek. In dem 1971 erschienen Beiheft des ZfBB, stand noch deutlich im Vorwort, dass es sich um Allgemeinbibliotheken handelt, die zu allen

Fachgebieten Literatur hielten. Diese Fragestellung wird immer wieder neu diskutiert werden müssen.

3. Die erfolgreiche Tätigkeit der Arbeitsgruppe in der AG.

Eine Spezialistengruppe, nämlich die der Regionalbibliographen, fand im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken eine ideale Kontaktmöglichkeit. Die Arbeitsergebnisse vieler Sitzungen, meist im Anschluss an das Treffen der Regionalbibliothekare können sich sehen lassen. In jahrelanger, oft mühevoller Kleinarbeit gingen von diesem Arbeitskreis für die Erschließung des regionalen Schrifttums.

4. Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft

Ein kurzer Blick auf die zur Zeit laufenden DFG-Projekte an Regionalbibliotheken ist Beweis genug, wie die DFG heute die Regionalbibliotheken keineswegs stiefmütterlich behandelt. Der schwierige Anfang in den 50er Jahren ist längst vergessen. Das Scheibertsche Gutachten ist zwar nicht vergessen, hat heute aber nur noch historischen Wert. Die Förderungsgrundsätze sind heute klar, transparent und bekannt. Ein Blick in das "Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken" (57(1997/98) S.344-350) genügt zur Information und zu einem ersten Überblick. In Bad Godesberg verfolgt man mit wachem Interesse die Arbeit der Landes- und Stadtbibliotheken. Vertreten der DFG nehmen regelmäßig an Tagungen der Regionalbibliotheken teil und geben wertvolle Anregungen, zuletzt ausführlich bei der Tagung in Weimar im November 1994. Millionen Beträge flossen von hier den Regionalbibliotheken zu. Vor allem im Bereich der Handschriftenkatalogisierung und im Bereich der Erschließung wertvoller Nachlässe fanden und finden die Regionalbibliotheken vielfältige Unterstützung von dieser Seite. Wie viele Förderungsprojekte heute allein im Bereich der Regionalbibliotheken laufen, darf ich anhand dieser Zusammenstellung, die mir Dr. Bunzel freundlicherweise zur Verfügung stellte, demonstrieren. (Anlage 2). Vor allem waren die Landes-

bibliotheken bei der Verfilmung der Zeitungsbestände führend, ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung wichtiger historischer Quellen.

5. Der Beitrag der Arbeitsgemeinschaft zur deutschen Einheit

Nicht zuletzt möchte ich unter diesem Abschnitt der Erfolge eine besonders erfreuliche Seite hervorheben: die gute nach der Wiedervereinigung rasche Zusammenarbeit mit den Regionalbibliotheken in den neuen Bundesländern. Bereits Im Sommer 1990 lud die Arbeitsgemeinschaft alle Regionalbibliotheken der ehemaligen DDR ein. Wir trafen uns dann mit sieben Vertretern in Speyer erstmals zu einer Arbeitstagung. Auf dem Bibliothekartag in Kassel 1991 berichtete Professor Dr. Burghard Bürgermeister in der Arbeitsgemeinschaft dann ausführlich über die Regionalbibliotheken in den neuen Bundesländern und ihr wechselvolles Geschick in der DDR.

6. Gewachsenes Selbstbewusstsein.

Ich darf, auch aus einer fünfjährigen Distanz, als pensionierter Bibliothekar feststellen, dass das Selbstbewusstsein der Landes- und wissenschaftlichen Stadtbibliothekare in den letzten 15 Jahren trotz einiger Rückschläge, erheblich gewachsen ist. Diese Bibliotheksgruppe konnte ihre Stellung behaupten und ausbauen. Die negativen Urteile in der bibliothekarischen Fachliteratur sind verschwunden. Im Gegenteil, wenn sie sich an das Fabians Wort zu Beginn erinnern. Allerdings gilt es auch hier: Wer rastet, rostet. Die Legitimation unserer Bibliotheksgruppe ist zwar keine Frage mehr. Aber noch schwebt in einigen Bundesländern das Damoklesschwert der Zusammenlegung mit einer Hochschulbibliothek und droht damit der Verlust der Selbstständigkeit. So ist das bis vor kurzem unüberwindbar scheinende Trauma in der AG gegenüber der Bevorzugung der großen Staats- und Hochschulbibliotheken durch die Unterhaltsträger noch nicht ganz verschwunden zwar noch nicht ganz verschwunden. Die Bezeichnung "Landesbibliothek" jedoch bekommt wieder einen guten Klang. Man bekommt den Eindruck, dass manche Hoch-

schulbibliotheken sich mit einem gewissen Stolz den Namen Landesbibliothek zulegen, nicht zuletzt, weil sie sich davon eine positive Wirkung in der Öffentlichkeit und bei den Entscheidungsträgern versprechen.

4. Wo war die Arbeitsgemeinschaft weniger erfolgreich?

Darüber spricht man natürlich bei einem Jubiläum nicht so gerne, und wenn, dann sehr kurz.. Lange muss man auf die Neufassung einer Gesamtdarstellung der Regionalbibliotheken warten. Wie ich höre, hat man dieses Desiderat aber nun tatkräftig in die Hand genommen.

Die Arbeitsgemeinschaft konnte die Fusionierung mancher alten Landesbibliothek mit einer Hochschulbibliothek nicht verhindern.

Proteste, selbst dafür organisierte Symposien, blieben ergebnislos.

Beispiel: Kassel. Beispiel Dortmund, Beispiel Dresden. Mögen diese Fälle nicht Schule machen.

Gerade im Fall der Sächsischen Landesbibliothek hatte sich die Arbeitsgemeinschaft klar für ein Kooperationsmodell mit der Universität ausgesprochen. Das steht deutlich im Vorwort des wertvollen Bändchens, das die "Gesellschaft der Freunde und Förderer der Sächsischen Landesbibliothek e.V." und die "Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken" unter dem Titel: "Die Landbibliotheken an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend!" herausgaben: "Ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis des Symposions ist die weitgehende Übereinstimmung in den Aussagen und Schlussfolgerungen der Referenten Bürgermeister, Dünninger, Frühauf, Geh, Raabe, Voigt und Vollers. Ihre Sicht auf die realen Beziehungen zwischen Landes- und Universitätsbibliotheken läuft auf ein Votum für die selbständige Bewahrung funktionstüchtiger Landesbibliotheken und für die Kooperation mit den Universitäten hinaus. Dass dann de facto ein Integrationsmodell herauskam, war in meinen Augen doch letztlich eine politische Entscheidung. Was nun in Dresden neu entsteht, möchte ich allerdings als einen neuen Bibliothekstyp bezeichnen, der steht und fällt mit dem Einfluss des Generaldirektors und

seiner Kunst mit dem Rektor umzugehen. Erfreulich ist, dass die "Sächsische Landesbibliothek, die Staats- und Universitätsbibliothek Dresden" Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bleibt. Also doch kein Misserfolg sondern ein wertvoller Partner auch für die Zukunft. Vielfalt war das Thema. Dabei bleibt es in der Arbeitsgemeinschaft.

5. Vier Überlegungen zur Diskussion gestellt

1. "Zum Stiften anstiften"

Der Gedanke kam mir nicht erst beim Blick in das Veranstaltungsprogramm zum 88. Bibliothekartag. Dort lesen wir im Vorwort, dass Frankfurt eine Stadt mit zahlreichen Bibliotheksstiftungen ist. Kurt Reumann brachte mich bei der Lektüre der FAZ vom 7.5.98 auf diesen Gedanken. Die Realität ist doch, dass die staatlichen Gelder mit der Zeit immer spärlicher fließen werden. Die Bibliotheken müssen daher Ideen entwickeln, wie sie für die Finanzierung mancher Aktivitäten zu Geld kommen. Selbsthilfe tut Not. Die andere Tatsache ist die, dass es durchaus nicht unmöglich ist, kapitalkräftige Bundesbürger für eine Stiftung zu gewinnen. Das Privatvermögen de?

Deutschen, ohne Immobilien, ist auf 5 Billionen angewachsen. Also eine 5 mit 12 Nullen. Wenn man sich das vorstellt, wird einem leicht schwindlig. Nun kommt hinzu, dass die Hälfte dieser Riesensumme sich in den nächsten Jahren vererbt. Noch im Juni tagt in Bonn eine Expertengruppe, die ein unbürokratischeres Stiftungsgesetz berät. Die Politiker sind aus begreiflichen Gründen für eine Verbesserung des Gesetzes und alte Zöpfe sollen abgeschnitten werden. Das Genehmigungsverfahren ist heute so kompliziert, dass wenige Bürger Lust haben ins Stiftungsgeschäft einzusteigen.

Blicken wir nach Amerika. Dort sind die Menschen stolz auf ihre Schule, ihre Stadt, ihre Universität ihr Land und sie sind auch einsatzfreudig. Reumann schreibt in der FAZ: "Wenn es den Deutschen an Stolz fehlt, sollte sie Dankbarkeit beflügeln. Oder ist auch Dankbarkeit schon ein Fremdwort? Nicht für

alle - zum Glück aller." Seit 50 Jahren gibt es den Bundesverband Deutscher Stiftungen in Bonn, der kürzlich zu diesem Jubiläum eine Leistungsschau in Würzburg veranstaltete. Sie stimmt den Betrachter optimistisch. Blickt man jedoch in das umfangreiche "Verzeichnis der Deutschen Stiftungen 1997", und sucht eine Stiftung für eine staatliche Bibliothek, sucht man diese vergeblich. Unter dem Stichwort: "Bibliothek" fand ich nur eine: die Bibliothek für Zeitgeschichte" in Stuttgart, die 1915 unter dem Namen "Weltkriegsbibliothek" gegründet wurde. Die Bibliotheken sollten die oben geschilderte günstige Situation nicht verschlafen. Also Hilfen für die Regionalbibliotheken durch Werbung von Stiftern.

2. Die Arbeitsergebnisse der AG publizieren und Geschehenes dokumentieren und öffentlich zugänglich machen.

Auch hier gilt eine alte Devise: Publish or perish. Publiziere oder stirb: - ich ändere das nun etwas eigenwillig um: Publiziere oder du wirst vergessen!. Dokumentation tut Not. Die bibliothekarische Öffentlichkeit sollte schon erfahren was in der AG geschieht. Bei der Vorbereitung auf diesen Vortrag stellte ich immer wieder fest, dass in den Zeitschrift für Bibliothekare wenig über die AFG zu finden ist. Publikationen über die Geschichte der Regionalbibliotheken, aber auch ihre gegenwärtige Situation gehören weit gestreut. Auch Berichte über die Arbeitsgemeinschaft, ihre Tagungen, kurze Auszüge aus dem Protokoll sollten mindestens in die bibliothekarischen Gazetten. Die Protokolle dürfen nicht nur in den Sekretariaten der Direktion als Geheimpapier unter Verschluss geraten. Bekannt machen, was das Ergebnis der Tagung war. So könnte der Festredner zum 50jährigen Bestand der Arbeitsgemeinschaft 10 Jahren in diesem Archiv sicher viel mehr Quellen über die Geschichte der AG finden. Im neuen Sonderheft über die Regionalbibliotheken wird sicher auch ein Hinweis auf Geschichte und Bedeutung der AG nicht fehlen. Aus diesem Grunde mein dritter Vorschlag.

3. *Gründung eines Archivs zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*

Wir archivieren alles möglich und unmögliche an Literatur. Weshalb nicht an zentraler Stelle ein Zentralarchiv für die AG gründen, das alle Akten, Protokolle, Publikationen der AG und Schriften über die AG sammelt, auch Presseberichte. Wenn ich mich nicht täusche, dann liegt diesbezüglich schon sehr viel Material in der Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover. Wäre nicht dort der richtige Ort? Darüber sollten wir diskutieren. Ein Wanderarchiv jeweils beim Vorsitzenden finde ich nicht so gut. Am Ende der Amtsperiode sollte der Vorsitzende eine Adresse kennen, wohin er die fünf oder sechs Ordner über die Aktivitäten seiner Zeit hinschicken kann.

Zu diesem Vorschlag eine Anmerkung zum Protokollanten. Eigentlich hat Herr Kollege Harthausen einen Orden verdient wegen seiner regelmäßigen und gewissenhaften Arbeit als Protokollführer. Aber lieber wie ein Orden wäre ihm sicher, wenn die Arbeitsgemeinschaft zwei Beisitzer wählen würde, einen ersten und zweiten Stellvertreter für den Protokollführer, dann könnte es eigentlich nie geschehen, dass von einer Arbeitstagung kein Protokoll gemacht wird, wie schon geschehen. Und sie können Herrn Harthausen nicht zwangsverpflichten, dass er zu jeder Tagung kommen muss.

4. Die Ausbildung der jungen Bibliothekare und Bibliothekarinnen nicht aus den Augen verlieren.

Die bibliotheksgeschichtlichen und buchkundlichen Fachgebiete dürfen während der Ausbildung nicht noch mehr unberücksichtigt bleiben, wie die Pläne der Ausbildungseinrichtungen es vorhaben. Besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit müssen im Augenblick die Bibliotheken mit historischen Beständen auf einen qualifizierten Nachwuchs richten, damit er so ausgebildet wird, dass er mit alter Literatur umzugehen versteht. Es ist unverantwortlich, wie wieder einmal bei der Ausbildung der jungen Bibliothekare experimentiert wird. Das Interesse bei den Bewerbern für die "alten Fächer" darunter verstehe ich Buchkunde, Bibliotheksgeschichte, ist nicht gering. Dennoch sollen gerade diese für eine Bü-

chersammlung fundamentalen Fächer da und dort aus den Lehrplänen immer mehr verschwinden. Es ist ärgerlich, dass anscheinend alle 10 Jahre dieses Thema wieder diskutiert werden muss und man all das zu vergessen scheint, was in den achtziger und anfangs der neunziger Jahre vernünftig als Lehrprogramm aufgestellt wurde.

Kommen wir zum Schluss:

"Die Bibliotheken sind das Gedächtnis der Menschheit, die Brücken aus der Vergangenheit in die Zukunft, die Grundlagen und Instrumente der wissenschaftlichen Forschung, wie der beruflichen und allgemeinen Bildung, die Stätten staats- und weltbürgerlicher Erziehung eine geistige Heimat für die suchenden Menschen unserer Tage."

Diese lapidaren Sätze stehen im Vorwort zum ersten Gutachten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft mit dem Titel "Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken". Für Generationen von Bibliothekaren waren diese Worte keineswegs nur Worthülsen. Sie waren und ich habe die Stirn zuzagen, auch heute noch für nicht wenige Bibliothekare motivierende Realität. Dieses Bewusstsein über die Bedeutung unserer Bibliotheken gab Sinn, weckte Kräfte, gab Antrieb aus Katastrophen herauszufinden.

Ich hoffe, dass die Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken auch im elektronischen Jahrtausend ihre bibliothekarischen Hochziele im Auge behält. Fleiß, Geist und etwas Humor wünsche ich Ihnen und dass Sie bei allem Wandel Bleibendes erkennen, denn in unseren Bibliotheken lebt weiter, was ans Licht gebracht werden will, wenn es gebraucht wird. Ihre Vielfalt ist Ihre große Chance. Die muß genutzt werden.